

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verantwortlicher und Chefredakteur:**  
Erich Altringhaus  
**Telefon:** Amt 1000/1100-1100



**Stützpunkt für Berlin und Umgebung:**  
Berlin SW 61, Delft-Strasse, Post 8  
**Druckverlag:** Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zusicherung geschützt. Abnahme beträgt 4 Bogen  
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet. Erscheinungsort ist Berlin.

Berlin, den 11. März 1932.

Klagges für Röhms.

Int. Inst. fuer  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

Amtsmissbrauch des Nazi-Ministers.

SPD. Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat sich am Freitag wieder einmal ein Stück aus dem Tollhaus geleistet. Er hat dem sozialdemokratischen "Volksfreund" in Sachen des schwulen Herrn Röhms eine Auflagenachricht zugehen lassen, die alles überbietet, was sich Klagges an ähnlichen Exzessen bisher geleistet hat. Und trotzdem hat sein Streich das Gute, dass nunmehr auch das bürgerliche Deutschland erfährt, welche Typen in der Leitung der Nazi-Partei massgebend sind und welcher Art das System ist, das die Röhmlinge in Deutschland unserem Volk und insbesondere unserer Jugend zutrauen. Den "Fall Röhms" hat die bürgerliche Presse bisher nur wenig beachtet. An dem neuesten Fall Klagges wird sie nicht vorübergehen können. Da dieser neueste Fall Klagges in unmittelbarem Zusammenhang steht mit den Schwulitäten des Herrn Röhms, werden endlich auch diejenigen, die es bisher noch nicht wussten, etwas über den Gestank in der Führung der SA erfahren. Vielen Dank für diese Unterstützung, Herr Klagges!

Also was ist geschehen? Der Tatbestand ist der, dass der Braunschweiger "Volksfreund" dieser Tage die Liebesbriefe von Hitlers Stabschef an eine seiner männlichen, mit Schnurrbart versehenen, Freundinnen, abgedruckt hat. Wohl gemerkt die Briefe, die echt sind und deren Echtheit Röhms vor einem Münchner Gericht unterschriftlich bestätigt hat. Aber was kümmert das Herrn Klagges. Er hat die Macht und pfeift auf das Reich. Also hat er dem Braunschweiger "Volksfreund" in Sachen Röhms, d.h. in einer Angelegenheit, die von Röhms selbst garnicht bestritten sondern als Tatsache zugegeben wird, eine Berichtigung zugehen lassen. Diese Berichtigung stellt den Versuch dar, eine Tatsache unter Missbrauch der Amtsgewalt zu bestreiten oder gar aus der Welt zu schaffen.

In der Berichtigung heisst es, dass gegen den Stabschef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und im Zusammenhang damit auch gegen Adolf Hitler seit geraumer Zeit "eine erbärmliche Hetze" inszeniert worden sei. So bringe der "Volksfreund" in seiner Mittwoch-Ausgabe vom 9. März einen Artikel gegen Röhms, der dringend der Richtigstellung bedürfe. Im Namen des Stabschefs habe Rechtsanwalt Lüttgebrune eine einstweilige Verfügung gegen die Verbreitung dieser "Verleumdung" beantragt. Diese Äusserung des Rechtsanwalts Lüttgebrune, übrigens ein Machwerk zur Verschleierung des Tatbestands mit juristischen Spitzfindigkeiten, das bereits vor mehreren Tagen in der Nazi-Presse gestanden hat, sei spätestens in der Sonnabendnummer des "Volksfreund" als amtliche Entgegnung des Braunschweiger Staatsministeriums aufzunehmen.

Diese Verfügung des Dietrich Klagges, augenblicklich noch Minister in Braunschweig, ist der tollste Amtsmissbrauch zum Schutze schwer belasteter Privatpersonen, der jemals vorgekommen ist. Es ist der Streich eines Mannes, der annimmt, dass es nach dem 13. März aus ist.

Die Hitlerarmee ist eine Zusammenfassung von Bürgerkriegsbanden, über deren Illoyalität kein Zweifel ist und keine amtliche Einrichtung verstanden, Klagges!

Der Röhm ist keine Amtsperson, oder ist er schon Klosettputzer in Braunschweig geworden? Der Röhm ist eine Privatperson, und seine Perversitäten haben mit den Interessen des Landes Braunschweig nicht das mindeste zu tun. Verstanden, Klagges?

Die Mitteilung, die der Braunschweiger "Volksfreund" als angeblich amtliche Mitteilung erhalten hat, ist eine Unwahrheit; denn Röhm hat laut Gerichtsprotokoll selbst die Echtheit seiner Briefe bestätigt! Die Auflagenachricht ist der parteiliche und innerlich unwahrhaftige Schriftsatz eines Rechtsanwalts, der Röhm herausreden will, und nicht eine amtliche Feststellung!

Seit wann ist das Interesse des braunschweigischen Staatsministeriums identisch mit dem Interesse eines Mannes, der schweinishche Briefe schreibt und seine perversen Neigungen ganz öffentlich macht? Das ist eine saubere Auffassung von sauberer Regierungsführung, und mit dieser Auffassung wird Klagges rechtlich nicht durchkommen!

Immerhin: der Amtsmisbrauch des Herrn Klagges gibt allen bisher Unbelebten noch zur rechten Zeit einen Vorgesmack davon, wie erst im Dritten Reich regiert werden würde. Dort gibt es, wie der neueste Fall Klagges beweist, weder Recht noch Gerechtigkeit, dort wird nach dem Gutdünken von Scharlatanen regiert, als ob es ausser Röhmlingen in Deutschland überhaupt keine Menschen mehr geben würde.

-----

SPD. München, 11. März (Eig. Draht.)

Hitlers Stabschef, der schwule Herr Röhm, hat für die rein militärisch organisierte Bürgerkriegsarmee Hitlers längst einen fertigen Aufmarschplan ausgearbeitet, in den auch Deutschösterreich einbezogen ist. Ein Teil davon bezieht sich auf die Mobilisierung des nationalsozialistischen Automobilkorps, in dem das Reichsrelais der Motorstaffeln in allen Einzelheiten festgelegt ist.

Am 15. Januar 1932 versandte der oberste SA-Führer unter K.I. Nummer 32-32, unterzeichnet der Chef des Stabes Röhm, ein Rundschreiben an die Gruppenstäbe der Motorstaffeln. Danach ist, wie aus einer beigegebenen Karte und einer weiteren Anlage ersichtlich ist, unter genauer Kilometerangabe und Zeitberechnung der Relaisdienst für das ganze Reich auf allen Haupt- und Nebenstrecken mit besonderer Bezeichnung der Orte und der Fahrerwechsel festgelegt. Bei Einsatz der Relais erfolgt der Aufruf mit Stichwort, das in einem verschlossenen Couvert der Anweisung beigelegt wurde. Die Ausgabe des Stichwortes erfolgt nach Ziffer neun des Rundschreibens durch den obersten SA-Führer (also Hitler selbst telegraphisch und telephonisch an die erste und zweite Ausgabestelle (SA-Dienststelle), die das Stichwort auf dem gleichen Wege weitergibt. In Ziffer 12 drängt der Chef des Stabes, Röhm, auf sofortige Vervollständigung dieser Relaisorganisation und kündigt zu diesem Zweck eine besondere Übung an.

Ausserdem hat die Zentrale im Braunen Haus in München an die SS-Leute des Gau's Oberbayern Alarmdienstzettel folgenden Inhalts ausgegeben: "Jeder SS-Mann muss bis zum 30. Januar 1932 ärztlich untersucht sein. Marschsetzung ab 13. März 1932. Unterwäsche (Fusslappen), Schuhe, Rucksäcke, Kochgeschirre. SS-Männer als erste zur Wahl. Meldegänger zum Führer. Unfälle sofort melden. 54 452. Motorradfahrer zur Gruppenverwaltung."

Die angegebene Telefonnummer ist die der sogenannten Reichsführerschule in München (Schwantaler Strasse), in der unter der Firma Sportlehrer ein Herr Berkelmann kommandiert.

-----

SPD. Die kommunistische Partei führt heute einen hasserfüllten Kampf gegen die Sozialdemokratie wie gegen die in der Eisernen Front zusammengeschlossenen republikanischen Organisationen. Sie macht gemeinsame Sache mit den faschistischen Feinden der Republik. Wir erinnern angesichts dieser Wahnsinnstaktik die kommunistischen Arbeiter an einen historischen Vorgang, an dem sie sich heute orientieren können.

Im Jahre 1922, nach der Ermordung Rathenaus, stellte sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft in leidenschaftlicher Empörung vor die Republik. Sie forderte in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft ein Gesetz zum Schutz der Republik. Dieser Ruf nach dem Republikenschutzgesetz trug u.a. die Unterschrift der beiden kommunistischen Zentralmitglieder Ernst Meyer und Wilhelm Koenen. Als das Republikenschutzgesetz im Reichstag verabschiedet wurde, stimmten die Kommunisten dem Gesetz zu und die kommunistische Führerin Klara Zetkin gab dazu die folgende Erklärung ab:

"Einig mit der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten sind wir der Auffassung, dass die Republik geschützt werden muss, und das, obgleich die Republik die schwarzrotgoldene, die bürgerliche Republik ist, und nicht die rote Räterepublik des Proletariats."

Heute ist die Republik ungleich ernster bedroht als damals. Heute strecken die Faschisten, die damals Rathenau mordeten, die Hand nach der Staatsmacht aus, um die Republik zu zertrümmern - und die kommunistischen Führer wollen heute gemeinsame Sache mit ihnen machen! Jeder ehrliche Arbeiter muss erkennen, dass es heute erst recht gilt, gemeinsam mit der Sozialdemokratie sich schützend vor die Republik zu stellen!

-----

SPD. Paris, 11. März (Eig. Drahtb.)

Zwei prachtvolle Kränze aus weissen Nelken und Tulpen sind im Namen der Reichsregierung und des Botschafters von Hoesch am Freitag nachmittag am Sarg Briands im Aussenministerium niedergelegt worden. Beide Kränze sind mit einer schwarzrotgoldenen Schleife geschmückt. Ein dritter Kranz wurde im Namen von Frau Käthe Stresemann niedergelegt. Auch Präsident Hoover, der König von Rumänien, die ungarische und die polnische Regierung, das Diplomatische Korps usw. haben Kränze übersandt.

Das vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund gegründete Aktionskomitee für den Frieden hat einen Aufruf an das Volk von Paris gerichtet, in dem alle Arbeiter und Friedensfreunde aufgefordert werden, an dem Begräbnis teilzunehmen "um zum letzten Male denjenigen zu grüssen, der die Bemühungen um den Frieden verkörperte."

In der Zeitschrift "Das sozialistische Leben" veröffentlicht der Abgeordnete Renaudel einen Nachruf auf Briand, in dem es heisst: "Sein Verdienst und seine Stärke haben darin bestanden, die praktische Handlung mit dem bereiten Wort zu verbinden und sich, nachdem er die Grösse und Schwierigkeit der zu unternehmenden Aufgabe erkannt hat, ihr voll und ganz hinzugeben, ohne nach rückwärts zu blicken."

-----

SPD. Der preussische Minister des Innern hat für die preussische Polizei ab Sonnabend 12 Uhr erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Erleichterungen, Beurlaubungen usw. sind verboten. Für die Landjägerei wird Urlaubssperre vom 12. bis zum 15. März verhängt. Für die Polizei- und Landjägereischulen gilt gleichfalls ab 12. März, mittags 12 Uhr, erhöhte Alarmbereitschaft. Der Erlass ist den Polizeibehörden bereits durch Polizei-Funkspruch bekanntgegeben worden.

Der Erlass bezweckt in erster Linie die Sicherung der Wahlfreiheit. Der Termin seiner Aufhebung hängt von dem Verlauf der nächsten Tage ab. Wo in diesen Tagen auch nur versucht werden sollte die Ruhe und Ordnung zu stören, wird mit allen Mitteln der Staatsgewalt rücksichtslos durchgegriffen werden.

-----

SPD. Darmstadt, 11. März (Eig. Drahtb.)

Der im Gegensatz zu den letzten Hessenwahlen verhältnismässig schwache Besuch der Naziversammlungen, der die Veranstalter zwingt, die Hitler-Anhänger stets von weit her zu ihren Versammlungen zu kommandieren, hat sie zu dem verzweifelten Mittel eines ganz plumpen Täuschungsversuchs greifen lassen. Wie von dem hiesigen Hindenburg-Ausschuss mitgeteilt und von amtlicher Seite bestätigt wird, wurde am Freitag in Darmstadt ein Plan der hessischen Nazileitung aufgedeckt, am Wahlsonntag-Morgen ein Flugblatt zu verteilen mit der Lüge, Hindenburg habe auf seine Kandidatur verzichtet. Die Polizei fahndet zurzeit nach dem für dieses Flugblatt vorbereiteten Druckstock. Es ist anzunehmen, dass man auch anderwärts einen ähnlichen Wahlschwindel in Szene setzen wird.

-----

SPD. Das zweite Mal innerhalb einer Woche hatte die Eiserne Front Berlins ihre Mannschaften zum Lustgarten gerufen, zum zweiten Mal marschierten sie am Freitag nachmittag 5 Uhr und diesmal mindestens doppelt so stark als am vergangenen Sonntag. Es war der gewaltigste Aufmarsch des republikanischen Berlin, in den letzten zehn Jahren.

Trotz des Werktages und der frühen Stunde, trotz bitterster Kälte kamen sie, die Männer und Frauen, Jugend und Alter, aus den Fabriken, aus den Kontoren, aus den Werkstätten, aus dem Innern der Riesenstadt und aus ihren entferntesten Vororten. Voran die geschlossenen Belegschaften der Betriebe, die Kreise und Abteilungen der Sozialdemokratischen Partei mit Hunderten von Kapellen und Tausenden von schwarzrotgoldenen und roten Bannern. Um die Balustrade jenes Hauses, in dem einst der nationalsozialistische Wanderredner Prinz Auwi und seine Brüder auf das von ihnen beherrschte und von ihnen ins Verderben gestürzte Volk herabsahen, rund um die ehemalige kaiserliche Residenz wehte symbolisch ein Wald von roten Fahnen, lauschten wohl an die Zweihundertfünzigtausend kampferprobte und kampftentschlossene Arbeiter, Gewerkschaftler und Republikaner den Worten des Reichstagsabgeordneten Aufhäuser. Zu den Mauern hinauf brandete und brauste der Beifall und der Schwur, als der Redner dem Todfeind der Arbeiterklasse, Herrn Hitler, zurief: Sage mir, wer Dich und Deine Landsknechte bezahlt, und ich will Dir sagen, wer Du bist. Niemals werden wir selbst Herrn Hitler die Peitsche reichen, mit der die Arbeiterschaft geißelt und geschlagen werden soll. Weil Hindenburg sauber geblieben ist, deshalb wird er jetzt von seinem Gegner mit Dreck beworfen. Weil Hindenburg die Republik nicht ihren Feinden ausgeliefert hat, deshalb hassen ihn heute jene, die ihn vor sieben Jahren gewählt haben. Deshalb aber stimmen wir für ihn am 13. März.

Längst schon hatte Aufhäuser geendet, als Hammerschaften und Belegschaften in geschlossenen Zügen immer noch zu Tausenden in den Lustgarten einrückten. Hoch standen die Banner und hoch hoben sich die Fäuste, als aus den Kehlen der Hunderttausende unsere alten Kampf- und Siegeslieder aufstiegen und ihre gewaltigen Melodien sich mit dem Surren der Propeller mischten, die über der Versammlung kreisend, noch einmal die Parole des 13. März herunterriefen.

-----

SPD. Hamborn, 11. März (Eig. Drahtb.)

Als hier am Freitag-Nachmittag gegen 17 Uhr ein genehmigter Propagandawagen der NSDAP an der Emser Brücke hielt, entstand aus bisher unaufgeklärten Gründen eine Schlägerei, bei der eine Person, deren Parteizugehörigkeit noch nicht festgestellt ist, durch einen Herzschuss getötet wurde. 32 Personen wurden festgenommen. In dem Bockkasten des Nazi-Propagandawagens fand man eine mit sieben Schuss geladene Pistole und auf einem dem Tatort benachbarten Feld eine weitere Pistole, aus der mehrere Schüsse abgegeben worden waren.

SPD. München, 11. März (Eig. Drahtb.)

Von brutalstem Wahlterror zeugt ein Befehl, den unter dem 5. März Hitlers Gauleitung München-Oberbayern an alle Parteimitglieder hinausgegeben hat. Der Befehl hat folgenden Wortlaut:

"1. Jeder Parteigenosse trägt in die umstehende Liste die Volksgenossen seines Bekanntenkreises ein, die nicht eingeschriebene Mitglieder der Partei aber Hitler-Wähler sind. 2. Er lässt sich in der dritten Spalte bestätigen, dass der Volksgenosse am 13. März Adolf Hitler wählt. 3. Er kontrolliert am Wahltag, ob die betreffenden Volksgenossen gewählt haben. Zu diesem Zweck besucht er die Volksgenossen und fragt, ob sie bei der Wahl waren, bittet zur Wahl zu gehen oder schleppt die Betreffenden zur Wahlurne. Wenn der Parteigenosse sich überzeugt hat, dass der Volksgenosse gewählt hat, trägt er dies in die vierte Spalte mit Ja ein. 4. Die Liste gibt der Parteigenosse am Abend des 13. März seinem Ortsgruppenführer.

Ortsgruppenführer! Ich erwarte strengste Kontrolle dieses Befehls. 13 Jahre Kämpfe, 13 Jahre Terror gegen unsere Bewegung, 13 Jahre ungeheure Opfer von tausenden nationalsozialistischen Kämpfern berechtigen uns, am Entscheidungstage dieses 13 jährigen Ringens Pflichterfüllung von jedem Parteigenossen zu verlangen. Diese Liste wird die Ausweisung für die am Entscheidungstag geleistete Arbeit sein. Wir wollen an dem Tag, an dem die blutgetränkte Fahne des 9. November 1923 am Reichspräsidentenpalais in Berlin gehisst wird, wissen, wer am Tage des Sieges mit uns gekämpft hat. Heil Adolf Hitler, München, 5. März 1932, gez. Wagner, Gauleiter."

Dieser Befehl bedeutet ein strafrechtlich zu verfolgender Versuch, das durch die Verfassung geschützte Wahlgeheimnis illusorisch zu machen. Er bezweckt aber insbesondere die Vervollständigung jener Proskriptionsliste im Braunen Hause, in der alle jenen verzeichnet sind, die nach einem Hitlersieg dem faschistischen Terror ausgeliefert sein werde. Aber der Mann, der dieses Banditentum duldet, erdreistet sich nach "ritterlicher Kampfweise" zu rufen. Dieser Heuchler....

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat an alle Polizeibehörden folgenden Runderlass gerichtet :

"Seit Tagen werden in der Bevölkerung Mitteilungen, Nachrichten und Gerüchte verbreitet, wonach radikale Gruppen, insbesondere die Nationalsozialisten, angeblich unmittelbar nach der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März und ohne Rücksicht auf den Ausfall beabsichtigen sollen, gewaltsam einen Umsturz herbeizuführen. Es ist Aufgabe der Polizei, diesen nervösen Gerüchten entgegenzutreten.

Ich mache es ihr aber zur besonderen Pflicht, jeden Versuch einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung möglichst schon vorbeugend im Keime zu ersticken. Jede Gewalttätigkeit ist unter Verwendung aller, auch den schärfsten Kampfmittel, von vornherein rücksichtslos zu unterdrücken. Für die Gewähr-

leistung des restlosen Einsatzes aller polizeilichen Kräfte, Beamten und Kampfmittel, mache ich die Polizeiverwalter, persönlich verantwortlich."

Der Preussische Innenminister hat ferner folgendes angeordnet: Im Anschluss an meinen Runderlass vom 4.3.1932 ersuche ich, von der Möglichkeit, die polizeiliche Zulassung eines zu einer nicht angemeldeten oder verbotenen politischen Fahrt benutzten Lastkraftwagens bis zur Dauer eines Jahres zu widerrufen, ausnahmslos und im allgemeinen unter Anwendung der höchstzulässigen Widerrufszeit Gebrauch zu machen. Die bei einer solchen Fahrt betroffenen Lastkraftwagen sind zu beschlagnahmen und mindestens so lange polizeilich sicherzustellen, bis der Widerruf gemäss § 6 Abs.5 der VO. über Kraftzeugverkehr vom 15.7.1930 durchgeführt ist. Gehören die Lastkraftwagen dem Täter oder Teilnehmer eines Vergehens gemäss § 4 Abs.2 und 3 der VO vom 28.3.1921, so greift § 40 StGB Platz. (§ 40 des StGB lautet: "Gegenstände, welche durch ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen hervorgebracht, oder welche zur Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens oder Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, können, sofern, sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören, eingezogen werden.")

-----

SPD. Genf, 11.März (Eig.Drahtb.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes hat am Freitag-Nachmittag den ersten Teil ihrer Arbeiten mit der einstimmigen Annahme der am Donnerstag von dem Redaktionskomitee vorgelegten Entschliessung beendet und sich bis auf weiteres vertagt.

In der Generalkommission gab Sato-Japan die Erklärung ab, dass seine Regierung sich der Stimme enthalte, damit die Entschliessung einstimmig angenommen werden könne. Die Enthaltung betrifft die Anwendung des Verfahrens nach Artikel 15 auch auf die Mandschurei, wogegen Japan schon im Rat Bedenken erhoben hat. Yen-China motivierte seine Stimmenthaltung mit dem Fehlen von Instruktionen seiner Regierung, doch bedeute das keinen Einwand gegen die Entschliessung. Mit diesen beiden Enthaltungen kam die Einstimmigkeit im Ausschuss zustande, desgleichen in der sofort einberufenen Vollversammlung, die das in der Entschliessung vorgesehene Komitee aus 19 Mitgliedern einsetzte. Es besteht aus dem Präsidenten der Vollversammlung, den 12 Ratsmitgliedern ausser den Parteien und den sechs geheim gewählten Vertretern der Schweiz, Tschechoslowakei, Columbien, Portugal, Schweden und Ungarn. Da am Sonnabend wegen der französischen Nationaltrauer keine Sitzung abgehalten wird, wird Präsident Hymans das Komitee Mitte nächster Woche einberufen.

-----

SPD. Hannover, 11.März (Eig.Drahtb.)

Trotzdem es am Donnerstag gelang, eine Lastwagensendung mit 80 000 gefälschten "Volkswillen", die von den Nazis in Braunschweig hergestellt waren beschlagnahmen zu lassen, wurden am Freitag-Morgen in Hannover und auch in der Provinz überall derartige gefälschte Zeitungen verteilt. Es sind Nachdrucke des "Volkswille" aus dem Jahre 1925. Mehr als 100 Nazis, die beim Verbreiten des von der Polizei nicht genehmigten Flugblattes ertappt wurden, sind festgenommen wurden. Die Nazis werden dem Schnellrichter zugeführt.

Das Tollste an der Geschichte ist, dass das Hannoversche Gericht am Freitag einen Antrag der Geschäftsleitung des "Volkswillen" auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Fälscher mit der Begründung ablehnte, dass es sich nicht um einen Nachdruck des Volkswillen handele, weil auf der Rückseite dieses Blattes sich neugeworbene Inserate befänden. Am Nachmittag aber erliess das Hannoversche Gericht auf Antrag der Nazis eine einstweilige Ver-

fügung gegen den "Volkswillen", durch die es dem Volkswillen untersagt ist, diese Fälschungen "Fälschungen" zu nennen, mit der Begründung, dass es sich um einen echten "Volkswillen" handle. Eine tollere Rechtsprechung kann es nicht geben.

---

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat der nationalsozialistischen Zeitung "Die National-Zeitung" in Essen folgende amtliche Entgegnung zugestellt:

"Wie ich bereits in einem in meinem Namen ergangenen Schreiben der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums an die beiden grossen Beamtenverbände festgestellt habe, ist es eine Unwahrheit, dass die preussische Staatsregierung eine neue Kürzung der Beamtengehälter plant. Ich erklärte hiermit, ausdrücklich noch einmal, dass die preussische Staatsregierung nicht an eine neue Gehaltssenkung für die preussischen Beamten denkt. Darüber hinaus bin ich von der Reichsregierung ermächtigt, gleichzeitig zu erklären, dass auch diese keine neuen Beamtengehaltskürzungen beabsichtigt. Nach diesen Feststellungen wird sich jede neue Aufstellung der Behauptung von geplanten Gehaltskürzungen nach den Präsidentenwahlen als bewusste und tendenziöse Unwahrheit charakterisieren, gegen die mit den erforderlichen gesetzlichen Mitteln eingeschritten wird."

---

SPD. Stuttgart, 11. März (Eig. Drahtb.)

In Feuerbach bei Stuttgart wurde in der Nacht zum Donnerstag der Reichsbannermann Gaiser, der sich in Begleitung seiner Mutter befand, von einem etwa 25 Mann zählenden Haufen Nazis überfallen und mit Faustschlägen sowie mit Stahlruten und Koppelschlössern so zugerichtet, dass er aus mehreren Kopfwunden blutete und sich ins Krankenhaus begeben musste. Die Rohlinge, unter denen sich der SA-Führer Rühle befindet, sind festgestellt.

---

SPD. Hannover, 11. März (Eig. Drahtb.)

Am Freitag wurde in der Altstadt ein Kommunist von einem übelberüchtigten SA-Mann Hahn mit der Pistole angegriffen und durch einen Steckschuss am Halse schwer verletzt. Der Kommunist musste dem Krankenhause zugeführt werden. Hahn, der nach der Tat flüchtete, konnte bald verhaftet werden. Er ist ein übelbeleumundeter Bursche, gegen den das Reichsbanner bereits vor mehreren Wochen Meineidsanzeige erstattet hat.

---

SPD. Reichskanzler Brüning hat am Freitag abend im Berliner Sportpalast, der bis auf den letzten Platz besetzt war, eine Rede an das deutsche Volk gehalten, die auf alle deutschen Sender durch den Rundfunk übertragen wurde. Diese Rede war eine Kampfred ersten Ranges gegen die Nationalsozialisten vor allem, dann aber gegen die gesamte Harzburger Front von ehemals.

Wie Keulenschläge sausten die Worte des Kanzlers auf die Harzburger niederen er nachwies, dass sie sich nicht auf ein Programm, nicht einmal um einen einzigen Ministersitz einigen konnten. Dieser Angriff gipfelte in der Feststellung, dass die Harzburger, die immer gegen Parlamentarismus und "das System" schreien, die ödteste doktrinäre Parteibefangenheit gezeigt hätten. Diese Angriffe wurden von Beifallsstürmen begleitet.

Dann verteidigte der Kanzler "das System". Er geisselte die Programm-

losigkeit der Nationalsozialisten, die den Arbeitern goldene Berge versprechen, um dann in geschlossenen Zimmern mit den Unternehmern zu verhandeln. Ein Beifallsorkan unterstrich diese Kennzeichnung. Anschliessend rief Brüning aus: wollt ihr nun endlich sagen, was euer System ist? Wollt ihr stabile Währung oder - Inflation?

Brüning wies schliesslich ausserordentlich temperamentvoll die Angriffe auf Hindenburg zurück und feierte die historische Persönlichkeit des Reichspräsidenten. Er schloss mit den Worten: Hindenburg muss siegen, weil Deutschland leben muss!

Ein langanhaltender, immer wiederholter Beifallssturm folgte der Rede Brünings. Sie war eine verlorene Schlacht für Hitler im Grosskampf um die Präsidentschaft!

-----  
SPD. London, 11.März (Eig.Drahtb.)

Die seit einiger Zeit wieder fühlbare Unruhe in der Nordwest-Provinz Britisch-Indiens hat in den letzten Tagen weiter um sich gegriffen. Mehrere bisher mit den englischen Machthabern auf freundschaftlichem Fuss stehende Stämme haben sich um die Fahne des Haji von Turgancai geschart, der sich seit der Verhaftung Gandhis mit Entschiedenheit auf die Seite des Kongresses gestellt hat. Englische Bombengeschwader haben die Gefolgschaft des Haji erst mit Flugblättern gewarnt, dann mit Bomben angegriffen. Trotzdem gelang es nicht, die Aufständischen völlig zu zerstreuen. Es ist ein Marsch auf Peschawar geplant.

-----  
SPD. Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags wird am kommenden Montag zusammentreten, um über den Zeitpunkt der Neuwahl des Preussischen Landtages zu beraten. Vom Preussischen Staatsministerium wird dem Ausschuss eine Verordnung vorgelegt, wonach die Wahl zum Landtag am 17.April stattfinden soll.

+ + +  
In Bayern und Württemberg wird für den Fall, dass die preussischen Landtagswahlen am 17.April stattfinden, ebenfalls an diesem Termin zu den Landtagen gewählt werden.

-----  
Anm.f.d.Red.: Am Sonntag werden wir unseren Funkdienst ab 18,20 Uhr abends bis zum Eingang des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses so durchführen, dass erstmalig von 18.20 Uhr bis 18.30 Uhr und dann wieder von 18.50 bis 19,00 Uhr gesprochen wird. In der gleichen Weise werden die Sprechzeiten in den folgenden Stunden durchgeführt.

-----  
(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat am Freitag=Abend zur Sicherung der Wahlfreiheit eine Bekanntmachung erlassen, in der es heisst:

"Am Sonnabend und Sonntag - am 12. und 13. März - sind Demonstrationen jeglicher Art verboten. Ebenso sind Personenfahrten auf Lastwagen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen unternommen werden, nicht gestattet, soweit nicht ausnahmsweise eine Erlaubnis erteilt wurde, die von dem Wagenführer vorzuzeigen ist. Die Ausfahrt derartiger Lastwagen aus Berlin und die Einfahrt nach Berlin wird nicht geduldet. Wer seinen Wagen zu solchen verbotenen Personenfahrten hergibt, läuft Gefahr, dass der Wagen beschlagnahmt und die polizeiliche Zulassung gemäss § 4 Absatz 4 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 bis zur Dauer eines Jahres entzogen wird.

Die Polizeibeamten sind angewiesen gegen alle Personen, die durch Gewalt, Bedrohung oder Terror die freie Wahl zu verhindern suchen wie gegen alle diejenigen, die durch gleiche oder ähnliche verbrecherische Mittel die öffentliche Sicherheit und Ordnung, das Leben und die Gesundheit sowie das Eigentum der Staatsbürger gefährden, mit aller Energie und rücksichtslos unter Anwendung aller polizeilichen Machtmittel einzuschreiten.

Den Strassenpassanten wird angeraten, überflüssiges Stehenbleiben zu vermeiden und sich von Ansammlungen fernzuhalten. Die ordnungsliebende Bevölkerung Berlins wird gebeten, der bei Zusammenstössen und Ausschreitungen und bei dem dadurch notwendigen polizeilichen Vorgehen auch für Unbeteiligte bestehenden Gefahr aus dem Wege zu gehen, die übliche Neugierde zu meistern und nach Ausübung des Wahlrechts im eigenen Haus und in Ruhe die Verkündung der Wahlresultate abzuwarten, deren Verbreitung durch den Rundfunk schnell und zuverlässig erfolgt."

-----

SPD. Dortmund, 11. März (Fig. Drahtb.)

Der Nationalsozialist Hildebrand aus Bochum=Erving, der am Freitag=Nachmittag mit seinem Rad nach der Stadt fuhr, wurde unterwegs von einigen jugendlichen Kommunisten wegen seines grossen Parteiabzeichens gehänselt. Hildebrand stieg vom Rade, zog eine Pistole aus der Fahrradtasche und schlug zunächst auf seine Gegner ein. Schliesslich gab er zwei Schreckschüsse ab. Als die Kommunisten auch jetzt noch nicht flüchteten, streckte Hildebrand den 18jährigen Miletzki durch einen Bauchschuss nieder. Mit dem Ableben des lebensgefährlich Verletzten wird für die Nacht gerechnet.

Der Täter wurde in Haft genommen. Ein für Freitag abend angesetzter nationalsozialistischer Werbeumzug der SA wurde nach der Bluttat Hildebrands vom Polizeipräsidenten verboten.

-----

SPD. Auf verschiedene an ihn gerichtete Anfragen gibt der Herr Reichspräsident folgende Erklärung ab:

"Die Behauptung, dass ich die Absicht hätte, die Landtagswahlen in Preussen und anderen Ländern durch eine Notverordnung hinauszuschieben, ist eine dreiste Wahllüge. Als Hüter der Verfassung und als über dem Kampf der Parteien stehendes Reichsoberhaupt ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die Wahlen zu den gesetzmässigen Terminen stattfinden."

-----

SPD. Im ganzen Reich wird z.Zt.  
ein republikanischer Wahlschlager ge-  
spielt, für den sich neuerdings auch  
das Ausland interessiert. Die Melodie  
des Schlagers stammt von einem bekannt  
Schlagerkomponisten. Sein Text lautet  
wie folgt :

Wenn ein Student von Grund auf dumm  
Und wenn ihn überflügeln  
Proleten ohne Studium,  
So muss man sie verprügeln.  
Wenn es mal regnet dann und wann,  
Was grade nicht sehr schön ist,  
Sind Braun und Brüning schuld daran,  
Die Weisheit sehr bequem ist.  
Die schlechten Zeiten sind vorbei,  
Bald schwimmen wir in Wonne,  
Da scheint sogar um Mitternacht  
Die allerhellste Sonne.

Refrain: Ach, wird das schön im Dritten Reich,  
Das kommt dem Paradiese gleich,  
Da kann man schiessen, stechen, schlagen,  
Braucht nicht nach Anstand mehr zu fragen.  
Ach, wird das schön im Dritten Reich,  
Das ist mit heute kein Vergleich,  
Da ist zum Krieg man wieder gern bereit,  
Zurück zur Marmeladenzeit.

Das Dritte Reich kennt keine Not,  
Wer's glaubt, mein Schatz, wird selig,  
Da kriegt der Ärmste noch sein Brot,  
Ich zweifle zwar allmählich.  
Herr Hitler stammt aus Österreich,  
Jetzt ist er deutscher Bürger  
Und als Gendarm vom Dritten Reich  
Der deutschen Freiheit Würger.  
Der Nazi weiss, was ihm heut frommt,  
Schlägt blutig manche Neesen,  
Doch wenn es zur Verhandlung kommt,  
Dann ist er's nicht gewesen.

Refrain: Ach, wird das schön im Dritten Reich,  
u.s.w.

Ein Band verschämter Sympathie  
Eint Hitler stets mit Thälmann.  
Wird wer verknackt, schreit Amnestie,  
Vereint aus voller Kehl' man.  
Was ist denn schon Kultur und Geist?  
Der Teufel soll das holen!  
Den Weg man in die Zukunft weist  
Mit Messern und Pistolen.  
Hoh'nzollerndramen woll'n wir sehn  
Mit Wogenprall und Schlachten,  
Sonst schmeissen Bomben selber wir,  
Wie bei Remarque wir's machten.

Refrain: Ach, wird das schön im Dritten Reich,  
u.s.w.

# **Aus aller Welt**

## **Hitler ein Plagiator!**

**Sämtliche "Ideen" der Nazi-Bewegung von einem amerikanischen Wanderprediger gestohlen.**

SPD. Die Nationalsozialisten behaupten, dass ihre Politik dem deutschen Volksempfinden entspreche. Sie sind davon überzeugt, die einzig wahren Deutschen zu sein. Aber in Wirklichkeit ist das gesamte "Ideengut", das sie als neueste germanisch-nordische Attraktion ausbieten, längst schon dagewesen und von ihnen frech gestohlen: das Vorbild der Hitlerhorden ist der amerikanische Ku-Klux-Klan.

### Simon heisst er auch noch - -

In der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erschien im amerikanischen Staate Indiana der Wanderprediger Simon und behauptete Wort für Wort dasselbe wie heute Hitler in Deutschland: an allem Uebel seien die Neger und die Juden schuld. Wenn man die Neger und die Juden bekämpfe, insbesondere die jüdischen Geschäftsleute, so würde nicht nur alle Not und alles Elend, sondern auch die Tuberkulose und ausgerechnet die Gallenkrankheit verschwinden. Simon warb zahlreiche Anhänger: zum Schluss hatte er eine ganze Armee von mehr als 2 Millionen Menschen hinter sich, die, wie heute unsere Brauenhemden die Standarte mit dem Hakenkreuz, eine weisse Maske und eine Sklavenpeitsche trugen. Ihre erste grosse Heldentat war die Auspeitschung und Hinmordung von dreihundert Negern und Nicht-Amerikanern in der Stadt Alabama.

### Gehasst und gefürchtet!

Ihre endgültige Popularität in der ganzen Welt errangen die Ku-Klux-Klanisten, nachdem sie im Staate Illinois eine Amerikanerin, die zu einem jüdischen Staatsbürger in Beziehungen gestanden hatte, öffentlich nackt auspeitschen und lynchen liessen. Seitdem gab es kaum ein grauenhaftes Verbrechen der Lynchjustiz an Negern oder eingewanderten Arbeitern, an dem die amerikanischen Nazis nicht beteiligt gewesen wären. Sie waren bald gehasst und gefürchtet bei der ganzen Bevölkerung, aber da sie heuchlerisch genug waren, sich - gleichfalls genau wie unsere Nazis - als "Retter der amerikanischen Nation und der Reinheit der amerikanischen Rasse" aufzuspielen, erwarben sie sich gleichzeitig grosse Beliebtheit bei den amerikanischen Grossindustriellen. Denen kamen solche Volksverdummer für ihre Zwecke gerade recht.

### Streikbrecher und Mörder.

Mit den Geldern der Industrie reichlich versorgt, spezialisierten sich die Ku-Klux-Klanisten immer mehr auf die Pinkerton-Arbeit in den Grossbetrieben. Mit Vorliebe bildeten sie Terror- und Streikbrecherorganisationen gegen die amerikanischen Arbeiter. Beim Bergarbeiterstreik in Illinois töteten die amerikanischen Ku-Klux-Klanisten 21 Streikende! Da sie dieses segensreiche Werk im Interesse der Errettung der Nation vollführt zu haben behaupteten, kamen sie (es gibt wirklich nichts Neues unter der Sonne!) mit lächerlich geringfügigen Strafen von einigen Monaten Gefängnis für wenige wahllos herausgefundene Sündenböcke davon. In die hellste Empörung versetzten die amerikanischen Nazis aber die Bevölkerung, als sie ein Lager anzündeten, in dem Kinder streikender Textilarbeiter untergebracht waren. Viele Kinder kamen in den Flammen um. Die weiteren Ruhmestaten konzentrierten sich immer mehr auf das Ziel der systematischen Sprengungen von Arbeiterversammlungen, der Zerstörung von Arbeiterorganisationen und Ausrottung der Arbeiterbewegung überhaupt. Fine

unendliche Liste von Totschlägereien und Mordtaten steht auf den "Ruhmesblättern" der amerikanischen Nazi-Geschichte. Es ist genau wie bei uns.

- aber ihr Präsidentschaftskandidat fiel durch!

In dem amerikanischen Staate Indiana, dem amerikanischen Braunschweig sozusagen, brachten es die Ku-Kux-Klanisten tatsächlich soweit, dass sie ein Mitglied ihrer Morbänden als Präsidentschaftsanwärter kandidieren lassen konnten. Ihr Kandidat, der Ultrareaktionär Alfred Schmidt, stand gegen den Demokraten Joseph Samson zur Wahl. Die "Indianazis" hatten zwar einen ganz hübschen Erfolg, aber zur Wahl ihres Kandidaten reichten die Stimmen doch nicht aus. Diese Niederlage konnten die amerikanischen Nazis nicht verwinden. Seit jenem Tage - dem 26. Mai 1924 - datiert ihr unaufhaltsamer Abstieg...

St.

+ + +  
Fischer in Not! An der finnischen Ostseeküste wurden 700 Fischer mit ihren Pferden und Schlitten, als sie sich beim Fischfang auf dem Eise befanden, auf einer riesigen Eisscholle ins Meer abgetrieben. Die mehrere Kilometer lange Scholle brach nach kurzer Zeit in mehrere Teile, von denen einige wieder an die Küste, andere an Schären angetrieben wurden. Auf diese Weise konnten sich etwa 200 Fischer retten, während man um das Schicksal der übrigen 500 in grösster Sorge ist. Auf dem Meer herrschen Sturm und 20 Grad Kälte. In Helsingfors aufgestiegene Flugzeuge haben einige der treibenden Fischer entdeckt und mit Lebensmitteln versehen. Der gleichfalls ausgelaufene grosse Staatseisbrecher "Tarmo" konnte bis zu den abgetriebenen Schollen noch nicht vordringen, da er gegen schwere, stündlich dichter werdende Packeisbarrieren anzukämpfen hat.

+ + +  
Donau zugefroren. Der gesamte Unterlauf der Donau ist zugefroren. Zwischen den beiden angrenzenden Ländern Bulgarien und Rumänien herrscht lebhafter Verkehr über das Eis. Die rumänische Bevölkerung benutzt die Gelegenheit, in Bulgarien billig einzukaufen. Der Grenzübergang ist gestattet.

+ + +  
Flammentod einer 17-Jährigen! Eine erschütternde Liebestragödie trug sich in Hameln zu. Eine siebzehnjährige Angestellte glaubte es nicht überwinden zu können, dass sich ihr Verlobter von ihr zurückgezogen hatte. Das junge Mädchen bat den Freund, noch einmal zu ihr zu kommen. Kurz vor seinem Eintreffen übergoss die Siebzehnjährige ihre Kleider mit Petroleum. In dem Augenblick, als der Freund kam, steckte sie die Kleider in Brand. Brennend lief die Unglückliche auf die Strasse. Vergeblich versuchten Passanten die Flammen zu löschen. Das junge Mädchen verstarb unter grässlichen Qualen.

+ + +  
Biocitin-Devisen. Im Zusammenhang mit der Biocitin-Devisenverschiebungsaftäre wurden auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft bei dem Düsseldorf-Rechtsanwalt Dr. Westhaus sämtliche Vermögenswerte beschlagnahmt. Die von den verhafteten Leitern der Berliner Biocitin G.m.b.H. Schwartz und Grille nach Holland verschobenen Gelder sollen über das Büro von Westhaus gegangen sein. Wie jetzt bekannt wird, ist das Aufsichtsratsmitglied der Biocitin G.m.b.H. Schwartz der bekannte Spritschieber Peter Schartz, der im Jahre 1927 zu 5½ Millionen Geldstrafe und Gefängnis verurteilt worden war.

+ + +  
Forum entdeckt. In Rom wurden im Verlauf der Freilegungsarbeiten am Capitol-Hügel die ersten Reste eines bisher unbekanntes Forums freigelegt. Vermutlich gehörte die Anlage zum Tempel der Gens Julia.

+ + +  
Lawinentod. Unterhalb des Wertach-Horns (Allgäuer Alpen) wurden zwei Ski-Touristen von einer Lawine verschüttet. Der eine der Touristen, ein Mechaniker aus Kempten, wurde getötet.



Weder Arbeit noch Lohn?

Bauunternehmer für Durchbrechung der Notverordnung.

SPD. Die Bauunternehmer sind toll geworden. Sie haben jetzt sogar offiziell einen Vorstoss gegen die durch die Notverordnung festgesetzten Löhne unternommen. Die Spitzen der drei baugewerblichen Unternehmerverbände haben an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe gerichtet, worin sie von diesem fordern, es solle "die der Bauwirtschaft durch den gesetzlichen Zwang der Notverordnung auferlegten Löhne möglichst sofort ausser Kraft setzen."

Man stelle sich vor: durch Notverordnung werden die Löhne aller Arbeiter - auch die der Bauarbeiter gesenkt. Sämtliche Löhne haben nach der Notverordnung Gültigkeit bis zum 30. April. Die Bauunternehmer haben jedoch keine Lust, zu warten. Sie bestürmen das Reichsarbeitsministerium, die Löhne "möglichst sofort" ausser Kraft zu setzen.

Höher geht's nun wirklich nicht mehr. Was die Bauunternehmer sich hier herausnahmen, grenzt an Aufreizung. Aber so musste es kommen. Das Reichsarbeitsministerium hat die Bauunternehmer keck gemacht. Nachdem im Januar durch Notverordnung auch im Baugewerbe die Löhne "neugeregelt" waren, lehnte trotz vorherigen Versprechens das Ministerium die Allgemeinverbindlicherklärung der neuen Löhne ab und zwar mit der "Begründung", man könne diese Löhne Dritten nicht auferlegen. Das war ein Wink für die Bauunternehmer, bei den neuen Lohnverhandlungen, die zurzeit auf Grund der Bestimmungen des Reichstarifvertrags des Baugewerbes eingesetzt haben, neue Lohnherabsetzungen zu fordern. Die scharfmacherische Tonart ihrer Herausforderung berührt recht eigenartig. Haben etwa massgebende Bauunternehmerkreise beim Arbeitsministerium bereits sondiert und dabei die Gewissheit gewonnen, dass ihre unverschämte Eingabe Erfolg haben wird? Eine solche Frage drängt sich unwillkürlich auf; denn der Gedanke, die im Baugewerbe durch Notverordnung festgesetzten Löhne möglichst bereits am 1. April ausser Kraft zu setzen, ist vor einigen Wochen von namhaften Vertretern des Ministeriums geäußert worden. Wohl erhob sich gegen die Durchführung dieses Gedankens auch aus dem Ministerium heraus Widerspruch, allein jetzt scheint der Wunsch der baugewerblichen Scharfmacher nicht mehr ausserhalb des Bereichs des Möglichen zu liegen. Die Bauarbeiter müssen sich jedenfalls auf Ueberraschungen gefasst machen. Unmöglich erscheint es nicht, dass das Reichsarbeitsministerium den Bauunternehmern ihre Wünsche erfüllt. Die Bauarbeiter werden vom Ministerium ja schon seit längerer Zeit stiefmütterlich behandelt. So hat man die "berufsübliche Arbeitslosigkeit" erfunden und dadurch die Bauarbeiter besonders bluten lassen. Jetzt sollen auch ihre Löhne daran glauben. Sie sollen Löhne bekommen, wie sie in anderen Gewerben üblich sind. Dass man den Bauarbeiter zum Saisonarbeiter erklärt hat, vergisst man in der Lohnfrage. Geht es um die Arbeitslosenunterstützung, dann ist der Bauarbeiter ein Saisonarbeiter, geht es um den Lohn, dann ist er es plötzlich wieder nicht. Tatsächlich ist der Bauarbeiter heute nicht einmal mehr Saisonarbeiter, er ist nur noch Gelegenheitsarbeiter. Rund 90 % der deutschen Bauarbeiter liegen heute auf der Strasse. Von der Bürgersteuer und Aufhebung der Rückerstattung der Lohnsteuer ist der Bauarbeiter ebenfalls schwerer betroffen worden als andere Arbeitergruppen.

Die Bauunternehmer verlangen also Durchbrechung der Notverordnung. Ihre

"Begründung" für den von ihnen geforderten Rechtsbruch ist nicht neu. Kühn behaupten sie, "mit einer Herabsetzung der Laufdauer der geltenden Löhne könne eine unmittelbare Entlastung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe eintreten." Leben die Bauunternehmer auf dem Monde? Alle Welt weiss doch heute zur Genüge, dass die Ingangsetzung des Baumarcktes nicht von einer weiteren Senkung der Bauarbeiterlöhne, sondern von ganz anderen Umständen abhängig ist. Aber die Bauunternehmer möchten am liebsten überhaupt von allen Lohnbindungen los sein. Sie wollen "freie Löhne" vereinbaren. Sie verlangen für den Arbeitsmarkt das freie Spiel der Kräfte. Sie wollen das Friedensverhältnis zwischen dem Bauarbeiterlohn und dem Lohn der führenden Industrie in den einzelnen Bezirken als "Richtlinien" haben. Mit anderen Worten: es sollen im Baugewerbe Löhne gezahlt werden, wie sie vor dem Krieg üblich waren und die ungefähr übereinstimmen mit den Löhnen anderer Industrien - ohne jede Rücksicht auf die besonderen Verdienstrisiken der Bauarbeiter.

Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen müssen alle Kraft zusammenehmen, um den unverschämten Angriffen der Bauunternehmer, die sich bedauerlicherweise auf einflussreiche Kreise des Reichsarbeitsministeriums stützen können, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Bauarbeiter werden gut daran tun, wenn sie nach wie vor auf Stärkung ihrer Organisationen bedacht sind. Ohne starke Gewerkschaften kommen sie unter die Räder.

-----

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas trifft am Sonnabend vormittag in Berlin ein. Er wird sich voraussichtlich einige Tage hier aufhalten und bei dieser Gelegenheit auch mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister zusammentreffen. Angesichts der starken Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes um die Aufstellung und Durchführung eines internationalen Programms öffentlicher Arbeiten ist anzunehmen, dass auch diese Frage in den Besprechungen eine Rolle spielen wird.

-----

SPD. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands wird seit Wochen in leidenschaftlichen Zuschriften aus allen Teilen des Reichs bestürmt, bei der Reichsregierung alles aufzubieten, um das durch die Vierte Notverordnung gesteigerte Elend der Sozialrentner zu mildern. Der Verband hat dieser Forderung soeben mit einer an die Regierung gerichteten Denkschrift Rechnung getragen. Er macht darin mit allem Nachdruck und an Hand von Beispielen der Rentenkürzung auf die grossen Gefahren aufmerksam, die durch den Versuch, die Sozialversicherung nur von der Ausgabenseite her zu sanieren, entstehen müssen.

Die Zahl der Unfallrentner, die durch die Verordnung auf das schlimmste geschädigt wurden, ist, wie die Denkschrift betont, ausserordentlich gross. Neben den etwa 400 000 Kleinrenten, die gänzlich fortgefallen sind, beläuft sich auch die Anzahl der Schwerunfallverletzten, die durch die Notverordnung in Mitleidenschaft gezogen wurden, in die Hunderttausende. Sie werden besonders schwer betroffen, weil ihnen ihre Bezüge aus der Invalidenversicherung oder der Knappschaftsversicherung ganz oder zum grossen Teil genommen werden. Die Begründung für diese scharfe Massnahme, nämlich die Schaffung einer Sicherung von überhöhten Rentenbezügen, verliert aber schon dadurch ihren Wert, dass in den meisten Fällen auch bei Doppelbezügen das gesamte Renteneinkommen als bescheiden bezeichnet werden muss.

Der Verband legt besonderen Wert auf die Feststellung, dass auch bei den Arbeitsinvaliden der Rentenbezug ein Rechtsanspruch darstellt. Die Arbeitnehmer seien durch Gesetz verpflichtet, Mitglied der für sie zuständigen Zweige

der Sozialversicherung zu sein. Damit sei gleichzeitig die gesetzliche Verpflichtung zur Beitragsleistung verbunden. Kein anderer Rechtsanspruch könne daher in stärkerem Mass als "wohlerworben" bezeichnet werden als der aus einem solchen Versicherungsverhältnis hergeleitete Rentenbezug. Die Reichsregierung habe in Widerspruch zu all diesen Tatsachen, an denen es vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus nichts zu deuteln gebe, durch die Kürzungsbestimmungen der Notverordnung in vielen Tausenden von Fällen schwerwiegende Enteignungen von Renten oder grösseren Rententeilen vorgenommen. Der Grundsatz von den "wohlerworbenen Rechten" der anderen, besser gestellten Volksschichten gegenüber, bis heute noch immer von der Reichsregierung vertreten werde, habe bei den Sozialrentnern nicht die geringste Beachtung gefunden. Kein Wunder, wenn der Rentenabbau eine verheerende politische Misstimmung geschaffen habe. Von der Reichsregierung müsse unbedingt erwartet werden, dass sie nicht nur die Härten der Vierten Notverordnung wieder ausgleicht, sondern auch die Sanierung der Invaliden- und Knappschaftsversicherung ausschliesslich von der Einnahmeseite her vornimmt.

---

SPD. Der Vorstoss der Gewerkschaften in der Frage der Arbeitslosenbeschaffung ist nicht ohne Wirkung geblieben. Weit über die Kreise der Gewerkschaften hinaus ist man heute bei den massgebenden Stellen der Wirtschaft und Politik der Auffassung, dass nun endlich einmal etwas für systematische Arbeitsbeschaffung unternommen werden muss. Auch das Reichsarbeitsministerium teilt diese Auffassung. Der entscheidende Punkt im Arbeitsbeschaffungsproblem ist jedoch nach wie vor die Finanzfrage. Daher dient die Arbeitsbeschaffungsvorlage, die das Reichsarbeitsministerium dem Kabinett unterbreitet hat, in erster Linie der Klärung der Finanzierung grösserer öffentlicher Arbeiten. Die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums ist noch kein regelrechter Arbeitsbeschaffungsentwurf mit fertigen Plänen, sondern in ihrem Kernstück eine Aufforderung an die Reichsregierung, so rasch wie möglich die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms klarzustellen, dessen Durchführung etwa 1,2 Milliarden Mark beanspruchen würde.

Allem Anschein nach will die Regierung dem Ausserordentlichen Kongress des ADGB, der kurz vor Ostern von neuem die Frage der Arbeitsbeschaffung aufrollen wird, nicht mit leeren Händen gegenüberstehen. Wie dem aber auch sein mag, "für die Gewerkschaften - so betont die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer - ist die Erörterung dieses brennenden Problems des Tages nicht erschöpft. Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung steht für die unverrückbar fest". Der Kongress müsse alle Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffung frei machen. Zustimmung könnten die Gewerkschaften der Idee, die Entlastung des Arbeitsmarktes von verschiedenen Punkten her gleichzeitig zu versuchen.

---

SPD. Auf Antrag der Gewerkschaften ist die Verlängerung der Versicherungspflicht der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden in der Arbeitslosenversicherung sichergestellt worden. Der zuständige Unterausschuss des Verwaltungsrates der Reichsanstalt beschloss, die Versicherungspflicht im bisherigen Rahmen zunächst noch bis zum 30. Juni fortbestehen zu lassen. Der Reichsarbeitsminister hat diesem Beschluss seine Zustimmung erteilt. Welche Regelung nach dem 30. Juni in Kraft treten soll, wird im Verwaltungsrat noch eingehend geprüft werden.

---

# Wirtschaft Technik Gewerkschaft

Schlagt mit!

-----  
Gewerbetreibende, wählt Hindenburg!

SPD. Der Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden erlässt folgenden Aufruf:

"Kolleginnen und Kollegen! Am 13. März tritt das deutsche Volk an die Wahlurne, um den Reichspräsidenten zu wählen. Keiner Wahl, die bisher in Deutschland stattfand, konnte man die Bedeutung beimessen, wie es die diesjährige Präsidentschaftswahl verdient.

Gewerbetreibende! Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es nicht allein um eure Existenz, es geht um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die deutsche Republik und ihre Verfassung. Die Reaktion, vereinigt in der "Nationalen Opposition", holt zum entscheidenden Schlage aus. Ihr Angriff richtet sich gegen die werktätigen Massen, gegen die Organisationen der Arbeiterschaft. Mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen hätten sie ihr Ziel erreicht, nämlich völlige Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das würde bedeuten Verschlechterung der sozialen Lage weiter Kreise der Arbeitnehmerschaft und somit weitere Schrumpfung der Kaufkraft der konsumierenden Massen. Das Grundübel der ungeheuren Mittelstandsnot aber ist die gesunkene Kaufkraft der Arbeitnehmer. Gewerbetreibende, wollt ihr, dass Deutschland nach der Willkür einer Kaste regiert werden soll, die nichts für die schaffende Bevölkerung übrig hat? Wollt ihr euch zu willenlosen Befehlsempfängern eines faschistischen Staates degradieren lassen? Wollt ihr zulassen, dass alle Voraussetzungen für die Wiedereroberung eurer Rechte euch genommen werden? Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen!

Denkt daran, dass der Feind der Arbeiterklasse auch euer Feind ist. Nicht das "heutige System", nicht Hindenburg und nicht Brüning sind Schuld an eurer bitteren Not; das kapitalistische Wirtschaftssystem ist es, das sich nicht nur mit dem Lohnempfänger als Ausbeutungsobjekt begnügt, sondern rigoros jetzt an den Grundfesten des gewerblichen Mittelstandes nagt. Wollt ihr eurer durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise erschütterten Existenz den letzten Halt rauben lassen?

Wollt ihr die Wahrung eurer durch die republikanische Reichsverfassung anerkannten, wenn auch noch nicht restlos eingeführten Grundrechte in die Hände jener legen, die noch vor kurzem in Harzburg die Einheitsfront mit den Vertretern des monopolistischen Grosskapitals errichteten?

Der 13. März entscheidet über euer Schicksal!!!

Schlagt Hitler, Wählt Hindenburg! Ehug. Hauptvorstand.

-----  
SPD. Auf Drängen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Fleischverbilligung für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige weiter durchzuführen. Die Bereitstellung von Mitteln ist vorerst bis Ende April 1932 gesichert. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der Preis des so verbilligten Frischfleisches um 30 Pfennig unter dem Tagespreis liegen muss. In den Bezugsscheinen ist eine Neuregelung in der Art eingetreten, dass zwei Scheine in der Osterwoche eingelöst werden können.



SPD. Seit langem schwebt ein Streit zwischen der Eisenindustrie und der eisenverarbeitenden Industrie um die sogenannten Exportrückvergütungen. Auf diese Vergütungen hat die eisenverarbeitende Industrie ein vertragliches Recht, das ihr jedoch von der Schwerindustrie in rücksichtsloser Weise bestritten wird. Die Dinge sind jetzt so weit gediehen, dass auf gerichtlichem Wege eine Klärung versucht worden ist.

Damit ist die vor sieben Jahren errichtete Arbeitsgemeinschaft zwischen Eisenerzeugern und der eisenverarbeitenden Industrie, die zugleich die Herstellung einer engen Gemeinschaft in der sozialpolitischen Haltung bewirkte, in ihren wirtschaftlichen Vereinbarungen auseinandergebrochen. Für die deutsche Schwerindustrie, die internationale Kartellvereinbarungen und Kreditschutzverträge kommen mit den westlichen Eisenländern schloss, gaben die Regierungsstellen und die eisenverarbeitende Industrie hierzu ihre Zustimmung nur unter der Bedingung, dass die eisenverarbeitende Exportindustrie nach wie vor zu Weltmarktpreisen ihren Eisenbedarf beziehen konnte. Es wurde in dem sogenannten Avi-Vertrag festgelegt, dass die Eisenverarbeiter, also vor allem die Maschinenindustrie und die Kleisenindustrie usw., das zur Ausfuhr benötigte Walzeisen "zu den jeweiligen Weltmarktpreisen" beziehen könnten, wobei als Weltmarktpreise die Ausfuhrerlöse der Rohstahlgemeinschaft im Monatsdurchschnitt gelten sollten. Als im Jahre 1931 die Eisenausfuhrpreise immer stärker sanken, erklärten sich entgegenkommenderweise die Eisenverarbeiter bereit, die monatliche Neufestsetzung vorübergehend aufzuheben und sich zunächst mit Rückvergütung auf der Grundlage der Weltmarktpreise von Anfang 1931 abzufinden.

Indessen sind aber die Eisenpreise weiter stark gesunken. Die Weltmarktpreise, die Anfang 1931 80 Mark für die 10 Stabeisen betragen, gingen bis Ende 1931 auf 55 Mark und bis gegenwärtig auf 52 Mark per 10 zurück. Die Schwerindustrie verweigert eine Anpassung ihrer Rückvergütung an diese stark abgesunkenen Weltmarktpreise. Sie begründet ihren Standpunkt damit, dass ihre Durchschnittserlöse infolge des Zusammenschrumpfens des Inlandsgeschäftes stark zurückgegangen sind und dass ihr daher eine Innehaltung der Vereinbarung nicht mehr zugemutet werden könne. Die eisenverarbeitende Industrie könnte aber ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr auf dem Ausfuhrmarkte aufrecht erhalten, wenn sie in ihren Produktionskosten durch höhere Eisenpreise dauernd vorbelastet wird. Schon jetzt ist diese Vorbelastung ausserordentlich stark. Die Maschinenfabriken müssen für die zum Export bezogenen Stabeisenmengen 79 Mark per 10 anlegen, erhalten bestenfalls hierauf noch eine Sondervergütung von 5 Mark, falls sie sich verpflichten, ihren gesamten Bedarf nur bei den deutschen Syndikaten zu decken; demgegenüber beträgt der gegenwärtige Weltmarktpreis für Stabeisen 52 Mark per 10. Bedenkt man nun, dass die eisenverarbeitende Industrie heute im stärksten Umfang auf das Exportgeschäft angewiesen ist - der Maschinenbau arbeitet zur Zeit zu 60 % für den Export - bedenkt man ferner, dass der deutsche Export an Maschinen und sonstigen Eisenwaren im vergangenen Jahre ca. 1½ Milliarden betrug und dass etwa 400 000 Arbeiter und Angestellte unmittelbar für dieses Auslandsgeschäft tätig sind, so wird klar, was hier auf dem Spiele steht. =

Durch die handelspolitische Lage sind ohnehin die Ausfuhrmöglichkeiten stark verschlechtert worden. Wenn nun hierzu noch eine dauernde starke Vorbelastung durch die relative Rohstoffüberteuering tritt, so wird das Ausfuhrgeschäft der eisenverarbeitenden Industrie noch stärker beeinträchtigt.

Wir halten es angesichts der Bedeutung der Angelegenheit nicht für möglich diesen Streit als eine blosse Angelegenheit der beteiligten Verbände zu betrachten. Die Reichsregierung hat seinerzeit bei dem Abschluss der Eisenverträge mitgewirkt und sie hat nunmehr die Pflicht, nachdem die Schwerindustrie die vertraglichen Sicherungen für die Eisenverarbeiter nicht innehält, umgehend, durch die ihr zur Verfügung stehenden Massnahmen auf Wiederherstellung des alten Zustandes einzuwirken.

Ruhig.

(Berliner Getreidebörse vom 11.3.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag wieder sehr ruhige Stimmung. In Anbetracht der ungewissen politischen Lage machte sich nur wenig Kauflust bemerkbar. Am Promptmarkt waren Weizen und Roggen gleich geringfügig angeboten und gefragt. Die Mühlen zeigten weniger Interesse, da das Mehlgeschäft wieder sehr ruhig geworden ist. Immerhin konnte Weizen 1 Mar. im Preise gewinnen, während Roggen unverändert notiert wurde. Am Markte der Zeitgeschäfte war die Umsatztätigkeit gleichfalls sehr klein. Es kamen nur unbedeutende Preisveränderungen nach unten und oben vor. Mehl hatte, wie schon bemerkt, sehr ruhigen Markt. Weizenmehl fand wenig Beachtung, Roggenmehl war mehrfach gefragt, jedoch verlangten die Käufer zumeist niedrigere Preise, die die Mühlen nicht gewähren wollten. Hafer hatte wieder festere Tendenz. Die Nachfrage des Konsums bewegte sich bei knappem Angebot in normalen Grenzen. Die Preise waren vielfach etwas höher.

	10. März	11. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 248	247 - 249
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	190 - 197	190 - 196
Futter- und Industrieroggen	180 - 185	178 - 185
Hafer	159 - 166	159 - 166
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	26,90 - 27,90	26,90 - 27,90
Weizenkleie	10,60 - 10,90	10,70 - 11,00
Roggenkleie	10,20 - 10,50	10,30 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 263-263 $\frac{3}{4}$  (Vortag 262 $\frac{1}{2}$ ), Mai 268 $\frac{3}{4}$  (269), Juli 272 $\frac{1}{2}$  (273), September bis 234 (233), Roggen März 198 $\frac{1}{2}$  (197 $\frac{3}{4}$ ), Mai 205 $\frac{1}{4}$ -205 $\frac{1}{2}$  Geld (205 $\frac{1}{2}$ ), Juli 205 $\frac{1}{2}$  Geld (205 $\frac{1}{2}$ ), September 192 $\frac{1}{2}$  (193), Hafer März 175 plus Brief, Mai 180-179 $\frac{1}{2}$ , Juli 184.

Berliner Viehmarkt.

(11. März)

SPD. Die Schweinepreise haben am Freitag weiter angezogen. Die Preisauflösung beruhte durchweg auf ungenügender Beschickung des Marktes. Die höheren Forderungen der Verkäufer wurden glatt bewilligt. Auch am Hammel- und Kalbermarkt setzten sich Preisauflösungen durch. Hier war das Angebot ebenfalls knapp. Auf dem Rindermarkt genügte das Angebot nicht ganz.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240-300 Pfd.) 44 - 45 (42-43), c) (200-240 Pfd.) 42 - 44 (41-43), d) (160-200 Pfd.) 40-42 (39-41), e) (120-160 Pfd.) 37-39 (35-38). Sauen 40-42 (38-40). Schafe: b) 37 - 39 (36-38), c) 33 - 36 (30-35), d) 22 - 30 (20-28). Kälber: b) 43 - 50 (40-47), c) 32 - 42 (30-40), d) 20 - 30 (18-28). Kühe: a) 25 - 27 (24-25), b) 20-23 (19-22), c) 17-19 (16-18), d) 12 - 15 (12-15).



und kräftig, hatte furchtbar harte Fäuste und enorm breite Schultern. Meisten sprach er plattdeutsch mit mir, doch nach der achtzehnten Flasche fing er plötzlich an, hochdeutsch zu reden. So manche nette Stunde haben wir später noch zusammen verlebt. - Eines Tages sollte der Geburtstag von Riza Schah, dem Kaiser der Perser, gefeiert werden. Zu diesem Zwecke sollten die beiden kleinen Kanonen auf einem der Schiffe Freundschaft abfeuern. Die eine Kanone ging aber überhaupt nicht los, und die andere hatte nach dem ersten Schusse derartig ihre Stellung verändert, weil die Fundierung gelockert war, dass es nicht ratsam war, weiterzufeuern. Wir paar Europäer standen am Ufer und freuten uns über den kleinen dicken russischen Grossadmiral und den deutschen Admiral, die sich gegenseitig mit den schönsten persischen Schimpfworten, wie "Petasek" (Hundesohn), beglückten, weil die Kanonen sich in solch einem schlechten Zustande befanden und einer dem andern die Schuld in die Schuhe schieben wollte.

Ein Jahr später, während wir unsre Vermessungsarbeiten draussen im Lande verrichteten, kam ich wieder nach Mohammerah, und mein erster Weg war, meinen Landsmann aufzusuchen. Doch er weilte nicht mehr unter den Lebenden. Als er eines Abends vom Hotel nach seinem Schiff zurück wollte, bekam er einen Schlaganfall. Er ist in Mohammerah am Persischen Golf begraben.

Giselher Mumm.

### ----- Der Leipziger Hochverratsprozess.<sup>x</sup> -----

SPD. Am 11. März 1872 begann, am 26. März endete vor den Leipziger Geschworenen eine Verhandlung, die eine wichtige Etappe in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet: der Hochverratsprozess gegen August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

Schon als sich bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges die beiden unerschrockenen Führer der jungen sozialdemokratischen Partei bei Bewilligung der Kredite der Stimme enthielten, hatte Bismarck die Stirn gerunzelt, und sein Unwille wuchs, als sie nach Sedan ungescheut für einen billigen Frieden mit der französischen Republik warben und gegen die geplante Eroberung Lothringens und des Elsass auftraten. Zwar drohte der mächtigen deutschen Kriegsmaschine von dieser Propaganda nicht die mindeste Gefahr, denn Bebel und Liebknecht hatten nur ein winziges Häuflein Anhänger hinter sich, und auf den hochgehenden Wogen der patriotischen Begeisterung schlingerte das Boot der all "unpatriotisch" verschrienen Arbeiterpartei bedenklich hin und her. Aber das sich überhaupt ernsthafter Widerspruch gegen seine geniale Politik erhob, erbitterte den Gewaltmenschen Bismarck; aus dem Hauptquartier Versailles ergingen immer dringendere Weisungen in die Heimat, den beiden das Handwerk zu legen. Da Bebel und Liebknecht in Leipzig wohnten, waren die kgl. sächsischen Behörden zuständig, und auf die Dauer liessen sie sich auch nicht lampen: am 17. Dezember 1870 wurde der eine wie der andere verhaftet. Aber der anfangs sehr voreingenommene Untersuchungsrichter fand so wenig Arg an ihnen, dass er Antrag auf Niederschlagung des Verfahrens stellte, und wenn dem auch nicht ersprochen wurde, so sahen sich Bebel und Liebknecht doch am 28. März 1871 wieder auf freiem Fusse.

Wenige Tage zuvor hatte Bismarck bei Eröffnung des ersten deutschen Reichstags den sächsischen Abgeordneten von Schwarze angesprochen: "Nun, Herr Generalstaatsanwalt, was wird denn aus dem Prozess Bebel und Genossen?" und hatte auf die achselzuckende Antwort: "Gar nichts wird!" geknurr: "Dann hätte man die Leute auch nicht einstecken sollen; jetzt fällt das Odium auf uns." Dass der mächtigste Mann im Reiche die Verurteilung der beiden "Verbrecher" wünschte, war damit so unzweideutig wie nur möglich ausgedrückt. Gleichwohl wäre

das Verfahren vielleicht im Sande verlaufen, wenn sich die Angeschuldigten fürderhin als artige Kinder erwiesen und kusch verhalten hätten, aber Lieb- knecht, der hochgemute "Soldat der Revolution", dachte nicht im Traume daran, und Bebel nutzte als einziger Abgeordneter seiner Partei erst recht die Gele- genheit, im Reichstag dem monarchistischen und kapitalistischen Obrigkeits- staate mit Hieb und Stich zu Leibe zu gehn. Namentlich dass er über die Toten der Pariser Kommune, die als vermeintlicher Beginn der allgemeinen "Expropria- tion der Expropriateurs" alle Besitzbürger in Heulen und Zähneklappern warf, schützend das Fahmentuch der deutschen Arbeiterpartei breitete, verschaffte ihm bei dem Reichskanzler alles andere als einen Stein im Brett, und am 21. Ju- li 1871 erhob der Staatsanwalt die formelle Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Am Richtertische präsierte der Bautzener Bezirksgerichtsdirektor von Mücke, ein Hüne mit auffallend niederer Stirn, den Bebels Höflichkeit "naiv bis zur Bewusstlosigkeit" nannte. Die Geschworenen bestanden aus Ritterguts- besitzern und -pächtern, Kaufleuten und Oberförstern, die samt und sonders von der Gottgewolltheit der bürgerlichen Eigentumsordnung tief durchdrungen waren. Auf der Anklagebank aber sass mit Bebel, Liebknrecht und dem jungen "Volksstaat"-Redakteur Hepner die ganze Weltanschauung des Sozialismus. Denn gegen Meinungen, nicht gegen Taten ritt hier die Justiz Attacke. Das "Doppel- verbrechen" der Angeklagten definierte Liebknrecht ironisch dahin, dass sie die Bourgeoiswelt nicht für die beste der Welten hielten und der Ansicht waren, die Menschen seien für etwas Besseres da, als einander die Hälse abzuschnei- den. Um den Geschworenen die Strafbarkeit dieser Gesinnung recht vor Augen zu führen, wurde ein ganzer Sack revolutionärer und sozialistischer Literatur vor ihnen ausgeschüttet; Aufrufe, Programme, Kongressberichte und -beschlüsse, Anträge, Zeitungsartikel, Broschüren, Gedichte kamen von A bis Z zur Verle- sung, ein Material, mit dessen Ursprung und Verbreitung entweder die Angeklag- ten nicht das Geringste zu schaffen hatten, oder das schon Jahre und Jahrzeh- te, von den Behörden ungehindert, im Umlauf gewesen war. Daraus einen Schuld- beweis zurechtzufingern, musste es sich der Staatsanwalt Hoffmann mehr als sauer werden lassen, aber als er seine pathetische Rede schloss: "Wenn Sie die beiden Angeklagten nicht verurteilen, dann sanktionieren Sie für immer den Hochverrat", waren die Geschworenen hinreichend geknetet und gelangten, während sie bei Hepner die Schuldfragenverneinten, mit acht gegen vier Stimmen zu einem Schuldspruch. Das Gericht verhängte darauf gegen Bebel und Liebknrecht zwei Jahre Festungshaft.

Allerdings war das Echo dieses ausgesprochenen Tendenzurteils bei der Öff- fentlichkeit anders, als die Gewalthaber erwartet hatten. Wer auch im Lager des Bürgertums noch ein wenig aufrechte politische Gesinnung bewahrte, schmähte den Fehlspruch; die "Frankfurter Zeitung" redete unverhohlen von einem "Racheakt der Bourgeoisie", der Bebel und Liebknrecht im Namen des Proletariats den Krieg angesagt hätten, und der alte ehrliche Demokrat Johann Jacoby wuss- te seine Empörung nicht schlagkräftiger auszudrücken als durch seinen Ueber- tritt zur sozialdemokratischen Partei. Darin offenbarte sich schon ein Teil der agitatorischen Wirkung des Prozesses. Im Parlament hatte die Sozialdemokra- tie auch kaum Gelegenheit gehabt, ihre Grundsätze eingehend zu entwickeln, aber die Leipziger Verhandlung gestaltete sich für die aufhorchende Welt zum anschaulichsten und einprägsamsten Kolleg, in dem der Sozialismus vierzehn Tage lang seine Prinzipien klarlegte, seine Ziele entschleierte und seine Da- seinsberechtigung und Notwendigkeit nachwies. Darum wurde, in zwölf Heften verbreitet, der Prozessbericht mit allen Urkunden, darunter das Kommunisti- sche Manifest und die Inauguraladresse, eine der wichtigsten Werbeschriften der jungen Sozialdemokratie und stellt noch heute eine nicht zu übergehende Quellensammlung unsrer Bewegung dar.

Darüber hinaus entbehrt der Leipziger Prozess nicht der Bedeutung für die Gegenwart. Nicht freilich weil heute die Justiz der Republik aus den wirk- lich hochverräterischen "Boxheimer Dokumenten" nichts zu machen weiss, während

damals die Justiz der Monarchie aus nichts eine Hochverratsanklage und -verurteilung zu machen wusste, sondern weil die Sozialdemokratie 1872 von ähnlicher Hetze umtost war wie 1932. Millionen aufgeputschter und ahnungsloser Bürger schworen darauf, dass Bebel und Liebkecht nur durch ihre Verhaftung am teuflischsten Landesverrat verhindert worden seien, indem sie planten, die französischen Kriegsgefangenen zu befreien und an ihrer Spitze den siegreichen deutschen Truppen in den Rücken zu fallen. Dieser vollendete Wahnsinn fand ebenso Glauben wie die "Dolchstoss"legende von heute, die auch vollender Wahnsinn ist. Aber obwohl sie nur eine verschwindende Minderheit hinter sich hatten, hielten Bebel und Liebkecht in dem Orkan von Hass und Verleumdung die Ohren steif und leerten am Abend der Leipziger Verurteilung vergnügt ihre Flasche Wein auf die Zukunft, von der sie wussten: sie gehört ihnen, gehört der Sozialdemokratie!

Hermann Wendel:

-----  
Goethe und wir.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Die im vorigen Herbst in literarischen Kreisen aufgeworfene Frage, ob wir Goethe anlässlich seines 100. Todestages überhaupt feiern sollen, ist nicht so paradox, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Sehr namhafte Führer unsres Geisteslebens haben auf diese Frage hin eine starke Skepsis gegenüber den geplanten Goethe-Feiern geäußert. Natürlich wäre es ein Unding, das Goethe-Jubiläum, das ein Weltereignis ist, aus welchen Gründen immer mit Stillschweigen zu übergehen. Ganz gewiss sollen wir das Gedächtnis Goethes lebendig halten, sollen uns erst recht in der gegenwärtigen Kulturdämmerung an seinem Werke und an seiner überragenden Persönlichkeit erbauen. Aber wir sollen, wenn wir Goethes Andenken mit Ernst feiern wollen, uns auch unbefangene Rechenschaft darüber ablegen, was Goethe uns, zumal der arbeitenden deutschen Bevölkerung, heute bedeutet. Wir sollen uns wehren gegen die kritiklose Verhimmelung eines von Enthusiasten und akademischen Tüftlern geprägten Begriffes "Goethe", der den meisten Menschen gar keine konkrete Vorstellung vermittelt.

Ist Goethe wirklich der einsam auf himmelhohem Gipfel stehende grösste Dichter unsres Volkes? Und was ist's mit Goethes von billiger Schulweisheit gepriesenen "Universalpersönlichkeit"? Die Betätigung auf den verschiedensten Gebieten des Geistes- und Gesellschaftslebens bedeutet noch nicht eine unerreichte Meisterschaft auf allen diesen Gebieten. Es wäre lächerlich, die mannigfache Herrlichkeit von Gefühlsgehalt und Verskunst Goethescher Lyrik anzuzweifeln, und es darf hier vielleicht auch beiläufig darauf hingewiesen werden, dass Goethe in Jugendgedichten wie dem von ihm selbst als "Halbusinn" bezeichneten "Wanderers Sturmlied" schon den ganzen Expressionismus vorweggenommen hat, der erst annähernd anderthalb Jahrhunderte später ein kurzlebige Modedasein gefristet hat. Dennoch braucht man angesichts der wertvollsten Schöpfungen der Klopstock, Novalis, Hölderlin, Brentano, Mörike und - nicht zuletzt - Heinrich Heine auch diese Seite von Goethes Schaffen nicht gerade als "einzig" gelten zu lassen. Es bedeutet auch noch keine Herabsetzung Goethes, wenn man feststellt, dass Schiller etwa in seiner philosophischen Lyrik eine grössere gedankliche Tiefe und sprachliche Prägnanz und in den "Xenien" eine treffendere polemische Schärfe zeigt. Wichtiger für die Untersuchung von Goethes Bedeutung für die Gegenwart ist es schon, dass seine Dichtung einen ausgesprochen individualistischen Grundzug trägt, dass also jede Gesellschaftskritik - eine der bedeutungsvollsten Eigenschaften Heines - bei Goethe, von wenigen Ausnahmen wie den Liedern des Harfners in "Wilhelm Meisters Lehrjahren" abgesehen, fehlt und von ihm auch zweifellos zurückgewiesen worden wäre.

In der Lyrik aber gipfelt Goethes eigentliche dichterische Bedeutung. Im Drama fehlt ihm bei allen hohen dichterischen Vorzügen, speziell in der

Charakterzeichnung, die kräftig zupackende Hand für die straffe, spannende Entwicklung und Steigerung der Handlung, wie sie beispielsweise - von dem Engländer Shakespeare ganz abgesehen - Schiller und Kleist eigen ist. Vom "Götz von Berlichingen" bis zum "Faust" ist die dramatische Darstellung wesentlich eine Aneinanderreihung von Episoden, und wo wir doch einmal, wie im "Clavigo", so etwas wie dramatischen Schmiss erkennen, da stört uns ein fatales kolportagehaftes Element, das nicht gerade zur Mehrung von Goethes Dichterruhm beiträgt. Sowohl der "Götz" wie der "Egmont" sind rein individualistisch gehalten, während die historische Tragik eines Volksschicksals nur nebenher angedeutet wird. Sollen wir uns wirklich nicht ehrlich eingestehen, dass uns die "Iphigenie auf Tauris" heute leicht langweilt? Sollen wir verschweigen, dass der Mangel an überlegenem Humor (der zugleich ein Mangel an ganz grossem Menschentum ist) Goethe niemals befähigt hat, ein Lustspiel wie "Minna von Barnhelm" oder auch nur einen so saftigen echt komödienhaften Akt wie "Wallensteins Lager" zu schreiben? (Lustspiele wie "Der Gross-Kophta" und "Der Bürgergeneral" haben wie so viele belanglose Nebenwerke Goethes keine stärkere Resonanz zu finden vermocht.) Die bezaubernde Herrlichkeit der aus tiefstem eigenem Erleben erwachsenen Dichtertragödie "Torquato Tasso" vermag doch nur verhältnismässig wenige hochkultivierte Geister zu ergreifen. Für das ganze Volk also bleibt Goethe als Dramatiker im wesentlichen in seinem einzigartigen Meisterwerke "Faust" lebendig.

Als Epiker und Prosaschriftsteller ist Goethe mit seinem breiten, wenig gefeilten Stil unsrer Zeit ziemlich fremd geworden. Wie wenige Leser finden heute noch seine Romane und Novellen, seine Epen "Hermann und Dorothea" und "Reineke Fuchs" oder gar seine trockenen Reiseschilderungen? Von der spannenden, menschlich starken Erzählerkunst eines Kleist oder auch E.T.A. Hoffmann finden wir bei Goethe kaum eine Spur. Gewiss ist Goethes Vielseitigkeit zu bewundern, wie sie etwa in seinen naturwissenschaftlichen Arbeiten zum Ausdruck kommt. An philosophischer Tiefe und Klarheit aber wird er wieder von Schiller übertroffen. Am beliebtesten von Goethes Prosawerken dürfte vielleicht aus stofflichen Gründen sein Memoirenwerk "Dichtung und Wahrheit" geblieben sein.

Aber Goethe ist ja nicht allein Dichter gewesen, sondern auch Beamter und Staatsmann. Das grosse Menschentum, das einem grossen Künstler eigen sein sollte, müsste also auch in dieser Stellung deutlich geworden sein. Aber hier offenbart sich am überzeugendsten die Unzulänglichkeit und schwankende Natur seines Charakters. Wohl gilt er als "Weltbürger", aber im Grunde hat er internationalen Bestrebungen genau so gleichgültig gegenüber gestanden, wie ihm umgekehrt das von Goetheverehrern so gepriesene Nationalbewusstsein gefehlt hat. Aber auch ausgesprochen unsozial ist er gewesen, immer beflissener Hofmann und Höfling und, je älter er wurde, im Alltagsleben ein engherziger, kleinlicher Pedant. Im Gegensatz etwa zu der geraden, offenen, kämpferischen, männlichen Natur eines Lessing zeigt sich Goethes Charakter immer widerspruchsvoll. Der Huldiger des "Ewig-Weiblichen" gewinnt und geniesst die Liebe so mancher Frau, um sie hernach verbraucht wegzuwerfen, und verherrlicht dann wieder in seinem Roman "Die Wahlverwandtschaften" eine auf korrekte Wahrung der gesellschaftlichen Form bedachte Spiessbürgermoral. Kein noch so spitzfindiger Beschönigungsversuch wird es rechtfertigen können, dass der angeblich für Humanität schwärmende Dichter der Gretchentragödie als Weimarer Minister das Gnadengesuch einer zum Tode verurteilten unehelichen Mutter und Kindesmörderin abgelehnt hat. Unverkennbarer Neid hinderte den alternden Geheimrat an der Anerkennung genialer Dichter der jüngeren Generation wie Kleist und später Heine, während er doch andererseits die Aufführung der verworrenen spanischen Tragödie "Alarcos" von Friedrich Schlegel am Weimarer Hoftheater durchsetzte. Das Verhältnis zu Schiller blieb stets gemessen förmlich, wie man überhaupt vergebens nach einem wahren Freunde Goethes sucht. Franz Schubert wurde nach

der ehrfurchtsvollen Uebersendung seiner Goethe-Lieder von dem sonst so eifrigen Briefschreiber Goethe keiner Antwort gewürdigt. Hier ist darauf hinzuweisen, dass Goethe der Musik ebenso wenig Verständnis entgegengebracht hat wie der bildenden Kunst. Für die freilich ungoethesche, heroische "Egmont" Musik Beethovens hegte er allenfalls Respekt, aber seine Neigung zog ihn mehr zu dem guten, braven Zelter in Berlin.

Goethe ist gewiss, überblickt man sein gesamtes Schaffen, eine der grössten Persönlichkeiten, die das deutsche Volk hervorgebracht hat. Aber eine wahre Goethe-Ehrung verlangt, dass endlich einmal mit dem götzendienerischen, stumpfsinnig nachgebeteten Mythos vom "grössten Deutschen" aufgeräumt werde. Den "grössten Deutschen" gibt es überhaupt nicht, und manche deutschen Männer könnten ebenso gut wie Goethe, wenn nicht noch eher, dieses Ehrentitels gewürdigt werden.

Dr. Wilhelm Bolze.

### Indianische Glaubensfeste.<sup>x</sup>

SPD, Das Christentum glaubt, dass die Menschen nur durch seine Lehre zur Zufriedenheit und Glückseligkeit gelangen können. In dieser Annahme schickt es Missionare aus, und denen gelingt es zuweilen, die Völker äusserlich von ihrem alten Glauben abzubringen und dem Christentum zuzuführen. Wie fremd aber der Kern der christlichen Lehre den Naturvölkern bleibt, zeigen beispielsweise die Sitten der christlichen Indianer in der mittelamerikanischen Republik Guatemala, wo - abgesehen von Brasilien - verhältnismässig die grösste Zahl von Indianern lebt. Die meisten von ihnen beten zu dem "Christengott" ebenso, wie sie zu ihren einheimischen Gottheiten beten. Sie besuchen die christlichen Kirchen und opfern dort ihren alten Gottheiten. Jesus ist für sie eine Gottheit, die zu ihren Göttern hinzugekommen ist; aus Rücksicht auf die Weissen haben sie sie angenommen. Aber die alten Gottheiten aufgeben kann der Indio nicht, denn durch sie erklärt er sich Naturvorgänge, die ihm sonst unverständlich bleiben. Berge und Höhen, Landschaften, Bäume, Felsen und Gewässer haben ihre Gottheiten. In ihnen wohnt meist ein guter Geist, aber der Geist des Erdbehens ist böse. Der Indianer opfert und bittet um Segen bei jeder Maisaussaat und bei jeder Reise, die er unternimmt. Dabei wendet er sich auch häufig an den Christengott und bittet um seinen Schutz, da er ihn für mächtiger hält als seine eigenen Götter. Häufig sieht man die Indianer bei ihren einheimischen Gebeten das Kreuz schlagen, wie sie es von den Christen gesehen haben. In ihrer Vorstellung vermischen sich die christlichen Gebräuche und die des Landes. Den Christengott bitten sie vor allem gern um materielle Dinge, da sie sehen, dass die Weissen mehr damit gesegnet sind als sie selbst.

Ist der Indio auf Wanderschaft, so tritt er in jede Kapelle und Kirche ein, opfert und betet zu den dort aufgestellten Heiligenfiguren, ohne zu verstehen, was sie darstellen. Das sinnlich Wahrnehmbare beachtet er. Aus diesem Grunde stellt er auch die Geschichten der Bibel anschaulich dar. Dazu bietet ihm die Osterwoche ausgiebig Gelegenheit. Alle ihre Geschehnisse werden getreulich nachgeahmt. Die Kreuzigung Christi wird bis in die kleinsten Einzelheiten dargestellt. Selbst der Schwamm fehlt nicht, der allerdings nicht mit Essig, sondern mit Schnaps getränkt ist. Am Fusse des Kreuzes sitzen die indianische Maria und Magdalena, die ihren Schmerz in Alkohol ertränken (!). Die Männer hocken vor ihren Rantschos (Hütten) und würfeln wie die römischen Kriegsknechte der Legende um den Rock Christi, wobei es oft blutige Köpfe gibt. In der kindlichen Vorstellung dieser Leute muss auf eine Untat die Strafe folgen. So ist es selbstverständlich, dass sie auch den Verräter Judas für seinen Verrat strafen. Eine Strohuppe wird am Samstagnachmittag nach dem Glorialäuten auf die Hörner eines Stieres gebunden und unter grossem Jubel der Bevölkerung zerrissen.



Ebenso äusserlich sind die Gebräuche zum Weihnachtsfeste. Das Volksfest vom Unterkunft suchenden Joseph ist die Hauptsache, da es Gelegenheit bietet, zusammenzukommen und Gelage abzuhalten. Mit dem Pfingstfeste weiss der Indianer nicht viel anzufangen. Es fehlen da die sinnlichen Wahrnehmungen. Deshalb spielt es in seiner Vorstellung nur eine untergeordnete Rolle.

Häufig findet man an den Brujerieen (Opfer- und Zauberstätten) das Kreuz und auf ihm eingeritzt die Federschlange, ein heiliges Zeichen aus der Maya-Zeit, dem Gotte Quezalkoatl eigen. Diese Verbindung des christlichen Zeichens mit dem heidnischen zeigt, welche Verwirrung im Seelenleben der Indios mit dem Eindringen der christlichen Lehre angerichtet worden ist. Die Handlungen des katholischen Ritus sind übernommen worden, ohne dass ihr Sinn begriffen wird. Der Kern des Christentums - der Erlösungsgedanke - ist dem Indio wesensfern. Mitleid mit irgendwelcher Kreatur ist ihm unbekannt. Im täglichen Leben kann man das immer wieder beobachten. Es ist dem Indio selbstverständlich, die Tiere, die er sich zur Mahlzeit fängt, bei lebendigem Leibe zu braten. Noch klarer tritt das Fehlen des Mitleids an den Brujerieen zutage. Der Opferstein ist von geronnenem Blut überströmt, und zahlreiche tierische Ueberreste erzählen von blutigen Opferhandlungen. Diese sind Reste der grossen Opferfest der Mayavölker, bei denen unglücklichen Gefangenen das zuckende Herz aus dem lebenden Leibe geschnitten wurde. Heute ist es meist ein Hahn, dessen pulsend Herz in der Opferschale liegt. Menschenopfer sind von der Regierung untersagt aber wer will kontrollieren, ob nicht nach altem Brauch bei den heiligen Fest der Indios, zu denen nur Brujos Zutritt haben, hoch in weltenferner Bergesamkeit Kindesopfer stattfinden, um den bösen Gott, der in der Erde wohnt und die Menschen durch Erdbeben beunruhigt, zu versöhnen?

Ein katholischer Pfarrer, übrigens ein Deutscher, der einen grossen Teil des guatemaltekischen Berglandes in Seelsorge hat, lässt die Indios ruhig bei ihren alten Sitten und Gebräuchen und zeigt Verständnis dafür. Er ist dadurch zum Freunde dieser einfachen, scheuen Menschen geworden und hat nach und nach grossen Einfluss auf sie gewonnen. Im Laufe der Jahre hat sich unter seiner Leitung die Art und Weise dieser Indios verfeinert. Er will sie von ihren uralten Sitten nicht abbringen, denn diese sind organisch gewachsen und mit dem Volke verschmolzen. Aber er sucht die Indianer nach und nach von manchem Tierhaften hin zum Menschlichen zu führen. Die Indianer danken ihm mit Vertrauen. Er ist der einzige Weisse, der in vielen indianischen Bergdörfern Guatemalas über Nacht bleiben darf; sie dulden sonst von einbrechender Dunkelheit an keinen Fremden unter sich. Auch darin bestätigt sich wieder, dass schlichtes Menschentum, unbelastet von dogmatischen Bindungen, am ehesten Eingang beim Mitmenschen findet.

Maria Schwauss.

-----

SPD. Die Privatbeschäftigung der Abgeordneten.<sup>x</sup> Ein heftiges Rededuell focht im vorkriegsflutlichen Reichstag einmal der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinigen mit dem konservativen Parteiführer Graf Westarp aus. Immer wieder meldete sich Westarp zur Entgegnung, wenn Müller eben geendet hatte. Da fuhr Müller-Meinigen schwerstes Geschütz auf und erklärte: "Wie faden-scheinig und eindruckslos die Argumente des Abgeordneten Graf Westarp sind, geht schon daraus hervor, dass während seiner Rede seine eigenen Parteigenossen geschlafen haben..." Wie von der Tarantel gestochen fuhr Vizepräsident Dove auf und erklärte: "Es gehört nicht zu den Gepflogenheiten des hohen Hauses, sich mit der Privatbeschäftigung der einzelnen Abgeordneten zu befassen, - besonders wenn sie nicht mit störenden Nebengeräuschen verbunden ist!"

-----